

Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht 2008

Kurs halten!

„Kurs halten!“ - der Titel des diesjährigen Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung gibt die Richtung vor. Denn Deutschland ist auf gutem Kurs: mit einem Aufschwung für alle, mit einer Rekordbeschäftigung und mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt. Die Reformen der letzten Jahre zahlen sich jetzt aus. Auch 2008 wächst die deutsche Wirtschaft weiter – nach der jüngsten Prognose der Bundesregierung um 1,7 Prozent.

Auch vor dem Hintergrund gestiegener Unsicherheit - nicht zuletzt aufgrund der Finanzmarkturbulenzen und der Kurseinbrüche an den Börsen – besteht für die weitere wirtschaftliche Entwicklung grundsätzlich Anlass für Optimismus.

Es gibt Unwägbarkeiten. Das Auf und Ab an den Börsen spiegelt die Verunsicherung der Marktteilnehmer wieder. Dazu haben vor allem die Hypotheken-Finanzkrise und die damit verbundenen Rezessionsängste in den USA beigetragen. Es darf aber nicht vergessen werden, dass der für Deutschland maßgebende Aktienindex Dax in den letzten fünf Jahren auch kräftig zugelegt hat. Vor diesem Hintergrund sollte man die derzeitige Korrektur nach unten nicht überbewerten. Zudem sind die Auftragsbücher der deutschen Unternehmen gut gefüllt. Insgesamt ist die Wirtschaft stabiler aufgestellt als noch vor einigen Jahren.

Der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht zeigt ganz klar: Die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegen externe Negativeinflüsse hat sich deutlich verbessert. Dazu haben auch die Strukturreformen der letzten Jahre maßgeblich beigetragen. Es wird jetzt darauf ankommen, alles zu tun, um die Flexibilität und die Reaktionsfähigkeit der Märkte und der Marktteilnehmer weiter zu verbessern.

Die bisherige Reformbilanz der Bundesregierung kann sich sehen

lassen. Der Aufschwung kommt bei den Menschen an: In Form verbesserter Einkommensperspektiven und zusätzlicher Arbeitsplätze. Mit über 40 Millionen Erwerbstätigen wurde im Herbst 2007 ein historischer Höchststand erreicht.

Die wirtschaftliche Dynamik kommt nun zunehmend auch den Menschen zugute, die mit besonderen Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt konfrontiert sind: den Älteren, den Langzeitarbeitslosen und Arbeitnehmern mit einfachen Qualifikationen. Auch die Haushaltskonsolidierung ist auf gutem Weg. Im Jahre 2007 war der Staatshaushalt insgesamt ausgeglichen - erstmals seit dem Jahr 1989. Ein ausgeglichener Bundeshaushalt soll spätestens im Jahr 2011 erreicht werden.

Jetzt gilt es, wirtschaftspolitisch auf Kurs zu bleiben und die erfolgreichen Strukturreformen der vergangenen Jahre fortzuführen. Finanzpolitische Spielräume sind wie bisher zu nutzen, um weiter zu konsolidieren und zugleich um Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu geben. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos: „Weitere Reformen werden auch weitere Erträge für alle bringen. Ziel ist es, das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft weiter zu erhöhen, die Bürger noch stärker am Aufschwung zu beteiligen und Staatshaushalt und Sozialversicherungssysteme nachhaltig zu gestalten.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die Wahlkämpfe in Hessen, Niedersachsen und Hamburg sind geprägt von einer deutlichen Linksdrift der SPD. Programmatisch zeigt sich dies im schleichenden, aber erkennbaren Abschied von der Reform-Politik Gerhard Schröders und seiner Agenda 2010. Weite Teile der SPD favorisieren offenbar eine Rückkehr zur Umverteilungsstrategie der 70er Jahre. Eine solche Politik würde aber den anhaltenden Aufschwung gefährden. Dies zeigt nicht zuletzt der aktuelle Jahreswirtschaftsbericht. Sein Motto „Kurs halten“ in Anlehnung an das Motto des Sachverständigenrats „das Erreichte nicht aufs Spiel setzen“ hätte trefender kaum gewählt werden können.



Das Fazit des Berichts ist unmissverständlich: Der Reformkurs für mehr Wachstum und Arbeitsplätze, für mehr Netto und eine konsequent auf Ausgabenbegrenzung zielende Haushaltspolitik muss fortgesetzt werden. Spielräume für große Umverteilungsprogramme bestehen nicht. Die aktuellen Turbulenzen an den Börsen zeigen unübersehbare konjunkturelle Risiken, auch wenn sie bislang noch nicht auf die Wirtschaft durchgeschlagen haben. Diese Mahnung darf auch unser Koalitionspartner nicht außer Acht lassen.

Mit welchen ökonomisch höchst bedenklichen Botschaften die SPD in Hessen Wahlkampf betreibt, zeigt sich exemplarisch in der Energiepolitik. Wer auf einen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie setzt und sich zugleich gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke ausspricht, muss erklären, wie denn eine verlässliche und ökonomisch wie ökologisch sinnvolle Energieversorgung gesichert werden soll. So wichtig der Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien auch ist. Auf absehbare Zeit kann auf den derzeitigen Energie-Mix nicht verzichtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Klimapaket der EU-Kommission

Deutsche Interessen gegen EU-Energiepläne verteidigen

Das von der EU-Kommission vorgestellte Maßnahmenpaket zum Klimaschutz bedarf dringend der Nachbesserung. Es ist jetzt Aufgabe der Regierungsvertreter im Rat, dort nachzuverhandeln, wo Deutschland existentielle nationale Interessen hat.

Dringender Korrekturbedarf besteht unter anderem im Bereich der Automobilindustrie. Die Tatsache, dass in Deutschland der weltweite Löwenanteil von Premium-Automobilen hergestellt wird, muss sich deutlich bei der Festlegung von Flottenzielen bei den CO₂-Minderungsvorgaben niederschlagen. Außerdem dürfen Industriezweige, bei denen physikalisch kaum Energieeinsparungen möglich sind, nicht zu Standortverlagerungen zulasten von Arbeitsplätzen gedrängt werden. Gerade auch die EU-Kommission

ist dem Ziel verpflichtet, in Europa Wachstum und Innovationen zu fördern. Mit arbeitsplatzgefährdenden Klimaschutzvorgaben ist dies nicht zu leisten. Augenmaß ist gefordert.

Bei der Zuteilung von Emissionsrechten an die energieintensiven Industrien scheint sich die Vernunft durchgesetzt zu haben. Denn die Verlagerung hocheffizienter Branchen wie Aluminium, Stahl und Chemie in andere Teile der Welt hilft weder der Umwelt noch dem Klima. Jetzt muss Rechtssicherheit für diese Unternehmen geschaffen werden.

Beachtenswert ist die Vorgabe der EU bei Biokraftstoffen. Die Erhöhung auf zehn Prozent beim Spritverbrauch ist nur zu erreichen, wenn die deutschen Kapazitäten kurzfristig gesichert werden. Außerdem ist umgehend ein Zertifizierungssystem für Importrohstoffe festzulegen. Es darf nicht sein, dass zur Erzeugung ökologisch wertvoller Kraftstoffe auf der anderen Seite

der Erde massenhaft Rodungen für fragwürdige Palmöl-Produktionen vorgenommen werden.

Dass das Erneuerbare Energien-gesetz (EEG) gegen Zertifizierungsvorschläge, mithin den Einstieg in den Quotenhandel, verteidigt werden konnte, ist ein wichtiges Verdienst der Bundesregierung. Das deutsche EEG-Modell mit seiner Einspeiseregulierung ist weltweit Vorbild für effiziente und kostengünstige Förderung der Erneuerbare Energien.

Nun ist es Aufgabe der EU, nach Harmonisierung der Ziele den Wettbewerb der Instrumente zu sichern. Das ist Erfolgsbedingung. Die Überarbeitung der gesetzlichen Regelungen in den Bereichen Erneuerbare Energien und Wärme müssen jetzt auf die Zielvorgaben der EU abgestimmt werden. Die CSU-Landesgruppe hat zu diesem Thema eigens eine Kommission eingerichtet, die diesen Prozess inhaltlich begleiten wird.

Diese Woche

Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht 2008
Kurs halten! S. 1

Klimapaket der EU-Kommission
Deutsche Interessen gegen EU-Energiepläne verteidigen S. 2

Wirtschaft / Unternehmensrecht
Fitness-Kur für das Erfolgsmodell GmbH S. 2

Anhörung zur Reform der Pflegeversicherung
Finanzierung bis 2015 gesichert - mehr Kapitaldeckung auf Dauer notwendig S. 3

Junge bayerische Unternehmer zu Gast bei CSU-Bundestagsabgeordneten
„Mit Politikern im Dialog – Werkstattbesuch im Bundestag“ S. 4

Grüne Gentechnik
Neue Kennzeichnung bei Lebensmitteln stärkt Verbraucherrechte S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin - Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Wirtschaft / Unternehmensrecht

Fitness-Kur für das Erfolgsmodell GmbH

Die in dieser Woche erfolgte Anhörung zur Reform des Unternehmensrechts im Bereich der Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) bestätigte: Die Unternehmensform der GmbH wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf im Wettbewerb der europäischen Rechtsformen neu gestärkt. Zugleich werden viele Defizite des gegenwärtigen GmbH-Rechts beseitigt.

Besonders erfreulich ist die positive Resonanz auf die völlig neue „Unternehmergesellschaft“, die ein attraktives Angebot gerade für Gründer und das Kleingewerbe darstellt. Herausgestellt wurde von den Experten die schnelle und unbürokratische Gründung einer „Unternehmergesellschaft“, die bereits mit einem Kapitaleinsatz von

1 Euro gegründet werden kann. Darüber hinaus wird allen Beteiligten mit der „Unternehmergesellschaft“ - im Gegensatz zu ausländischen Rechtsformen - auch eine vertraute Rechtsordnung angeboten. Damit wird der britischen „Limited“ als bisherigen Marktführer in diesem Segment mit einer deutschen Rechtsform Paroli geboten.

Anhörung zur Reform der Pflegeversicherung

Finanzierung bis 2015 gesichert - mehr Kapitaldeckung auf Dauer notwendig

In einer gut 11-stündigen öffentlichen Anhörung von nahezu einhundert Experten hat sich der Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages in dieser Woche mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz befasst. Die geladenen Sachverständigen aus Praxis und Wissenschaft bestätigten dabei in ihrer überwiegenden Mehrheit die Verhandlungsziele von CSU und CDU.

Pflegestützpunkte abgelehnt – Vorhandene Beratungsstrukturen sichern

Die vom Gesundheitsministerium angedachten bürokratischen Pflegestützpunkte und Pflegeberater wurden bei der Experten-Anhörung deutlich abgelehnt. Fast ausnahmslos haben die geladenen Experten diesem Vorhaben der Pflegereform eine Absage erteilt. Zu bürokratisch, rechtlich nicht haltbar, nicht praktikabel, lauten die Stellungnahmen von Pflegekassen, Wohlfahrtsverbänden, Patientenorganisationen, Kommunalen Spitzenverbänden und Fach-Professoren. Sehr heftig wurde auch die Gefahr der Demontage bislang funktionierender örtlicher Beratungsstellen kritisiert.

Statt in Bürokratie zu investieren, muss das Geld bei den Pflegebedürftigen ankommen. Deshalb sollten die bisher für die Pflegestützpunkte reservierten Finanzmittel Demenzkranken in stationären Betreuungseinrichtungen zugute kommen.

Finanzierung bis 2015 gesichert

Mit der geplanten Beitragssatzanhebung von 0,25 Prozent zum 1. Juli 2008 können Leistungsverbesserungen in der Pflege realisiert und gleichzeitig weitere Beitragssatzanhebungen bis 2015 verhindert werden. Dieses ist ein wichtiger Schritt, denn die Leistungen der Pflegeversicherung sind seit deren Inkrafttreten im Jahr 1995 nicht angepasst worden. Zudem stärkt die Leistungsanhebung insbesondere den ambulanten Sektor und entspricht damit dem Wunsch vieler Pflegebedürftiger, solange wie möglich in heimischer Umgebung gepflegt werden zu können.

Kapitalstock auf Dauer unverzichtbar

Dieser erste wichtige Schritt reicht aber nicht aus, um die Pflegeversicherung auch für zukünftige Generationen finanzierbar zu halten. Dieses wurde auch im Rahmen der gestrigen Anhörung seitens vieler Experten und der Spitzenverbände der Krankenkassen geäußert. Das umlagefinanzierte System kann auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung nicht auf Dauer die heutigen Leistungen der Pflegeversicherung für



künftige Generationen sicherstellen.

Darum wird sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion über das aktuelle Gesetzgebungsvorhaben hinaus auch weiter, insbesondere in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Pflegeversicherung durch kapitalgestützte Elemente ergänzt wird. Nur so kann dieser Sozialversicherungszweig langfristig erhalten bleiben.

Die Sicherung der Finanzierung kann nicht durch einen Finanzausgleich von der privaten zur gesetzlichen Pflegeversicherung erfolgen. Experten haben dieser Regelung nicht nur eine fehlende Verfassungskonformität bescheinigt. Sie würde

auch nach ca. 15 Jahren wegen der sich verändernden Versichertenstrukturen dazu führen, dass die soziale Pflegeversicherung umgekehrt Solidarleistungen an die private Pflegeversicherung leisten müsste.

Mehr ärztliche Kooperation statt angestellter Heimärzte

Die ärztliche Versorgung in Heimen, insbesondere im Hinblick auf Facharzt-, Nacht- und Wochenendversorgung ist verbesserungsbedürftig. An dieser Stelle ist aber die im Gesetz vorgesehene Regelung, dass Ärzte an Heimen angestellt werden sollen, aus Sicht der Union keine geeignete Lösung. Der Patient muss auch beim Umzug ins Heim die Möglichkeit erhalten, seinen vertrauten Hausarzt weiter zu konsultieren. Darüber hinaus verbessern Heimärzte nicht automatisch auch die fachärztliche Versorgung in Heimen. Auch in dieser Hinsicht haben sich der Experten deutlich gegen eine Anstellung von Ärzten und anstelle dessen für verbesserte Kooperation zwischen Ärzteschaft und Heimen ausgesprochen. Beispiele in der Praxis sprechen für eine derartige Regelung.

Im Rahmen der Anhörung wurde kontrovers die Frage diskutiert, inwieweit Angehörige von Pflegeberufen mit weiteren Kompetenzen auszustatten sind. Ob mehr Delegation oder vertiefte Kooperation und Koordinierung von ärztlichen und pflegerischen Leistungen besser geeignet sind, den Anschluss an internationale Entwicklungen zu halten, muss noch intensiv diskutiert werden. Ausbildung und Wettbewerb in den Pflegeberufen spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Junge bayerische Unternehmer zu Gast bei CSU-Bundestagsabgeordneten

„Mit Politikern im Dialog – Werkstattbesuch im Bundestag“

Um das gegenseitige Verständnis zwischen Politik und Wirtschaft zu fördern, führten die CSU-Landesgruppe und die „Jungen Unternehmer“ im Wirtschaftsbeirat Bayern unter ihrem Vorsitzenden Alexander Lerch in dieser Woche die Aktion „Mit Politikern im Dialog – Werkstattbesuch im Bundestag“ durch. Diese ermöglichte es jungen Unternehmern, einen Bundestagsabgeordneten in einer Sitzungswoche im Bundestag in Berlin persönlich zu begleiten und dabei direkte Einblicke in die politischen Abläufe zu erhalten. Im Rahmen des Projekts führten die Jungunternehmer ausgiebige Gespräche mit den betreuenden Abgeordneten und besuchten die Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen sowie die Fraktionssitzung der CDU/CSU.

Sehr aufschlussreich gestalteten sich die intensiven Diskussionen des Unternehmer-Nachwuchses mit Stellvertretenden Landesgruppenvorsitzenden und Vorsitzenden des Arbeitskreises Arbeit und Soziales, Max Straubinger sowie dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Hartmut Koschyk, zu aktuellen Fragen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Die jungen Unternehmer drängten dabei auf eine Fortsetzung und Intensivierung der Reformanstrengungen der Großen Koalition. Als Schwerpunkte nannten sie die Reform von Erbschaft- und Einkommensteuer.

Hartmut Koschyk teilte die Ansicht der jungen Unternehmer, dass der Regierungsentwurf zur Erbschaftsteuer dringend verändert werden



Max Straubinger (1.v.r.) im Gespräch mit dem Vorsitzenden der „Jungen Unternehmer“, Alexander Lerch (2.v.r.), und weiteren Mitgliedern der Berlin-Besucher

muss und verwies auf Änderungsanträge Bayerns im Bundesrat. Er stellte aber auch wichtige Erfolge der CSU in der Großen Koalition heraus und nannte als Beispiele die Unternehmensteuerreform, die zwei Mittelstandsentlastungsgesetze von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und den neuen Normenkontrollrat für wirksamen Bürokratieabbau.

In der Arbeitsmarktpolitik bestand Einigkeit, dass die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen oberste Priorität haben muss und ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn Millionen Arbeitsplätze gefährden würde.

Grüne Gentechnik

Neue Kennzeichnung bei Lebensmitteln stärkt Verbraucherrechte

Mit einer neuen Kennzeichnung und zusätzlichen Informationen bei Lebensmitteln stärkt der aktuelle Kompromiss in der Gentechnikgesetzgebung die Verbraucherrechte. CSU und CDU haben sich immer für eine klare und nachvollziehbare Kommunikation der Verwendung von Gentechnik bei der Lebensmittelherstellung gegenüber dem Verbraucher ausgesprochen. Die jetzt verabschiedete Gesetzesnovelle ist das Ergebnis eines sorgfältigen und langen Abwägungsprozesses.

Auch die intensiv diskutierte Regelung der Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ orientiert sich am Transparenzgebot. Damit soll sichergestellt werden, dass der Verbraucher zwischen herkömmlichen und gentechnisch beeinflussten Lebensmitteln wählen kann.

Die getroffene Ausnahmeregelung für bestimmte Zusatzstoffe erscheint gerechtfertigt. So können nicht ersetzbare gentechnisch hergestellte Zusatzstoffe wie Enzyme, bestimmte Vitamine und Aminosäuren oder auch Impfstoffe für die Erzeugung von

gentechnikfreien Lebensmitteln im Ausnahmefall zugelassen werden.

Auch das sollten die Verbraucher wissen: Viele Käsesorten – konventionelle wie „Öko“-Produkte – könnten ohne die Verwendung von bestimmten, nicht anders als mit Hilfe von gentechnisch beeinflussten Zusatzstoffen, gar nicht produziert werden. Es ist daher zu begrüßen, dass sich der Verbraucherzentrale Bundesverband öffentlich bereit erklärt hat, mit verstärkten Informationen für die Verbraucher zu mehr Transparenz über die Inhalte der überarbeiteten

„Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung beizutragen. Dazu gehört auch, auf die zugelassenen Ausnahmen, insbesondere bei Hilfsstoffen bei der Lebensmittelherstellung, hinzuweisen.

Die Verbraucher werden in Zukunft ehrlich informiert. Sie können künftig besser darüber entscheiden, ob sie es akzeptieren, dass Hilfsstoffe im Herstellungsprozess unter bestimmten Ausnahmeregelungen auch gentechnisch verändert sein können, obwohl das Produkt als „Ohne Gentechnik“ ausgezeichnet ist.